

AFK kritisiert Stadt und Land Hessen

Arbeitskreis für Kommunal- und Wirtschaftsfragen Marburg sprach sich gegen Etatkürzungen an Uni aus

In der Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises für Kommunal- und Wirtschaftsfragen forderte Vorsitzender Jan-Bernd Röllmann das Beibehalten der Gewerbesteuerhebesätze in Marburg.

von Katharina Kaufmann

Marburg. Auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2009 blickten die Mitglieder des Arbeitskreises für Kommunal- und Wirtschaftsfragen (AFK) Marburg während ihrer Jahreshauptversammlung am Mittwochabend zurück. „Wir haben nun insgesamt 66 Mitgliedsbetriebe, die rund 10 000 Mitarbeiter beschäftigen“, verkündete der Vorsitzende, Jan-Bernd Röllmann, nicht ohne Stolz. Das verdeutliche einmal mehr die Bedeutung des AFK Marburg.

Während Röllmann die Stadt Marburg im vergangenen Jahr noch für die Senkung der Gewerbesteuer lobte, übte er am Mittwoch starke Kritik an den Plänen der Stadt, die Sätze im Jahr 2011 wieder von 370 auf 380 Prozent anzuheben: „Ich denke, ein Zickzack-Kurs in diesem Punkt ist das falsche Signal der Marburger Politik an die Wirtschaft“, sagte er. Die wirtschaftliche Lage sei immer noch „hochgradig labil“, Planungssicherheit deshalb umso wichtiger für die Zukunft. Der Weg der Entlastung der Unternehmen müsse in allen Bereichen kon-



Die Präsidentin der Philipps-Universität Marburg erläuterte während der Jahreshauptversammlung des AFK Marburg die geplanten Etatkürzungen des Landes Hessen. Foto: Katharina Kaufmann

sequent weitergegangen werden.

Ausdrücklich unterstützte der AFK Marburg die Forderungen der Philipps-Universität Marburg an das Land Hessen, die geplanten Etatkürzungen für Universitäten zurückzunehmen. Das machte Röllmann in seinem Jahresbericht deutlich: „Die Landesregierung muss begreifen, dass derartige Einschnitte nicht mehr verkraftbar sind. Gegen Sparen in Zeiten knapper Kasse ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber man darf die Universitäten nicht kaputtsparen“, betonte

der AFK-Vorsitzende. Die Universitäten müssten handlungsfähig bleiben, weshalb der AFK eine Rücknahme der geplanten Kürzungen fordere. Dazu seien bereits Gespräche mit der Staatskanzlei und dem Ministerium geführt worden, berichtete Röllmann. Der Vorschlag von AFK-Mitglied Rudolph Braun-Elwert, einen offenen Brief an das Land zu schreiben, stieß während der Versammlung auf Zustimmung. Der Vorstand will sich dem in der nächsten Woche annehmen.

Wie bereits im vergangenen Jahr plant der AFK Mar-

triabsbesichtigung. Das steht aber noch nicht genau fest“, erläuterte Röllmann die Planungen für 2010.

Vorstandsmitglied Thomas Janssen stellte anschließend die neue Internetpräsenz des AFK vor, auf der sich der Verein mit seinen Mitgliedern präsentiert und aktuelle Termine veröffentlicht werden.

Gastreferentin des Abends war die Präsidentin der Philipps-Universität Professorin Katharina Krause, die einen Vortrag über die Marburger Universität, deren Forschungsschwerpunkte und deren Lehre hielt und natürlich auch die geplanten Etatkürzungen des Landes Hessen und deren Auswirkungen auf Marburg erläuterte: „Zu den geplanten Einsparungen von fünf Millionen Euro, müssen unter anderem auch noch die tariflichen Steigerungen und die höheren Energiekosten hinzu gerechnet werden“, sagte Krause. So komme sie auf Einsparungen in Höhe von etwa zehn Millionen Euro, die dem Budget des größten Fachbereichs der Marburger Uni entsprechen würden. „Solange ich allerdings keine Einzelheiten des geplanten Hochschulpaktes kenne, kann ich nichts dazu sagen“, so die Uni-Präsidentin. Sie habe bislang weder einen endgültigen Vertrag noch eine Modellrechnung gesehen.

Der AFK Marburg wurde 1963 gegründet und ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Verein mit dem Zweck, strukturpolitische Interessen der Wirtschaft im Raum Marburg zu vertreten. Mehr zum AFK gibt es auf der Internetseite www.afk-marburg.de

burg auch in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen: „Der Wirtschaftsstammtisch, den wir 2009 eingeführt haben, war sehr erfolgreich und soll wiederholt werden“, sagte Jan-Bernd Röllmann. Ein Termin stehe bereits fest: Am 8. September sei Regierungspräsident Lars Wittek beim Wirtschaftsstammtisch zu Gast. Auch einen Wirtschaftstag organisiert der Verein wieder. Dieser soll am 3. November stattfinden, als Gast hat Ministerpräsident Roland Koch bereits zugesagt. „Eventuell gibt es auch noch einen zweiten Wirtschaftsstammtisch und eine Be-